

Forderungspapier

des RCDS Baden-Württemberg zur Reform des Bologna-Prozesses



Der RCDS Baden-Württemberg befürwortet ausdrücklich den Bologna-Prozess samt seiner Zielsetzung, die mit der gemeinsamen Bologna-Erklärung durch die 29 Mitgliedstaaten 1999 initiiert wurde. Die Umsetzung dieser Ziele in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Baden-Württemberg ist jedoch teilweise fehlerhaft erfolgt. Die ursprüngliche Zielsetzung wurde durch die Umsetzung beispielsweise im Bereich der internationalen Mobilität sogar konterkariert. Eine umfassende Reform ist daher zwingend notwendig. Die Probleme der neuen Studiengänge sind nunmehr seit einigen Jahren bekannt und insbesondere im vergangenen Jahr in der breiten Öffentlichkeit diskutiert worden. Es ist nun an der Zeit, die offen liegenden Probleme zu lösen und die notwendigen Reformschritte so rasch wie möglich anzugehen. Wir fordern daher die Landesregierung, insbesondere den Wissenschaftsminister Prof. Dr. Peter Frankenberg, auf, die notwendigen Reformen bis zum Beginn des Wintersemesters 2010/2011 durchzuführen, um eine Verbesserung der Studienbedingungen für zukünftige Bachelorstudenten zu gewährleisten.

Wir sind uns dabei bewusst, dass nicht alle Forderungen in der Kompetenz der Landesregierung liegen, aber aufgrund der einhelligen Meinung, die bezüglich der Fehler besteht, muss die Landesregierung die notwendigen Schritte einleiten um auch andere Kompetenzträger, insbesondere die Universitäten, aber auch die Bundesregierung zu raschen Reformen zu bewegen. Dabei hat der RCDS Landesverband Baden-Württemberg gemeinsam mit den RCDS Gruppen an den Hochschulen in Baden-Württemberg **5 Hauptforderungen** aufgestellt:

1) Reform der Struktur der neuen Studiengänge

Die Art und Weise, in der Studiengänge heute angelegt sind, müssen auf der einen Seite berücksichtigen, dass die Zahl der Studenten in den letzten Jahrzehnten rapide angestiegen ist (also eine Vielzahl von Studienplätzen geschaffen werden muss) aber auch die Länge eines Studiums im Durchschnitt verkürzt wird. Auf der anderen Seite soll die erworbene universitäre Ausbildung den Einzelnen dazu befähigen sich eine wissenschaftliche Arbeitsweise anzueignen und nicht lediglich eine Berufsausbildung zu gewähren. Mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge wurde dieses Spannungsverhältnis vielfach zu Lasten der wissenschaftlichen Ausbildung gelöst. Dieser Aspekt ist deshalb bei der anstehenden Überarbeitung wieder deutlicher zu berücksichtigen. Konkret fordern wir hierzu:

a) Die Abschaffung der starren zeitlichen Vorgaben der Bachelor- und Masterstudiengänge

Ausgangspunkt eines jeden Studiengangs muss sein, dass mit jedem Bachelorabschluss ein Berufseinstieg möglich ist. Studiengänge, die bereits im Bachelor stark spezialisiert sind oder einen anschließenden Master erfordern um den Berufseinstieg erst zu ermöglichen, werden dieser Anforderung nicht gerecht.

Um in jedem Studiengang bereits nach dem Bachelor eine Berufsqualifikation zu erlangen und gleichzeitig im Master sein Studium vertiefen zu können ist es notwendig, dass die starre Vorgabe der Regelstudienzeit eines Studiums von höchstens 5 Jahren bei konsekutiven Studiengängen nach dem Hochschulrechtsrahmengesetz und dem Landeshochschulgesetz abgeschafft wird und es möglich ist, einen 4-jährigen Bachelor- und einen anschließenden 2-jährigen Masterstudiengang zu absolvieren. Dies darf allerdings nicht dazu führen, dass die Studienstruktur der Zeiten vor der Reform wiederhergestellt wird und sich die Dauer eines Studiums generell verlängert. Vielmehr muss lediglich dort, wo es für den Berufseinstieg notwendig ist, ein längeres Studium möglich sein. Relevant ist dies insbesondere im Bereich der Naturwissenschaften.

Ferner sollen die Universitäten auch ermöglichen, dass bei Bedarf auch weiterhin über die Regelstudienzeit hinaus ein Studium möglich ist.

b) Die Einführung modulumfangsender Prüfungen

Anspruch eines wissenschaftlichen Studiums kann nicht sein, dass am Ende eines Semesters in einer Vielzahl von Klausuren lediglich der Inhalt des vergangenen Semesters abgefragt wird. Vielmehr sollte über größere Zeiträume ein auf wissenschaftlicher Arbeitsweise erlangter Kenntnisstand geprüft werden. Dazu beitragen kann die Einführung von aus mehreren Veranstaltungen bestehenden Modulen, die erst am Ende des gesamten Moduls mit einer Prüfung abgeschlossen werden. Dadurch wird auch die Möglichkeit zur verantwortungsvollen Gestaltung des eigenen Studiums gestärkt.

c) Entlastung zu Beginn eines Studiums

Prüfungen machen nur dort Sinn, wo bereits ein solides Grundlagenwissen für ein Studienfach erworben wurde. Daher sind Prüfungen in den Anfangswochen des ersten Semesters grundsätzlich abzuschaffen.

d) Prüfungen in den Anfangssemestern weniger stark gewichten

Die derzeitige Situation, in der bereits in den Anfangssemestern Prüfungen regulär in die Berechnung der Endnote einbezogen werden führt dazu, dass bereits Klausuren, die mit einer wissenschaftlichen Arbeitsweise wenig zu tun haben, sich in der Endnote niederzuschlagen. Daher sollte den Studenten zunächst einmal die Möglichkeit gewährt werden sich in ein Studium einzuarbeiten bevor Prüfungen voll in die Endnote miteinbezogen werden.

2) Verbesserung der nationalen und internationalen Mobilität

a) Die Schaffung verbindlicher Regeln für die gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen zwischen den Hochschulen

Nach diesen muss es möglich sein nach jedem Semester den Studienort innerhalb Deutschlands zu wechseln. Hierzu müssen die Studiengänge in einem Fachbereich nicht gleich, aber vergleichbar strukturiert sein. Damit geht einher, dass Studiengänge, die bereits im Bachelor zu stark spezialisiert sind, reformiert werden müssen. Nur durch verbindliche Vorgaben der gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen kann die nationale Mobilität verbessert werden. Dabei muss selbstverständlich berücksichtigt werden, dass sich die Universitäten ihre Studenten selbst aussuchen können, eine Aufnahmepflicht also nicht bestehen kann. Es muss jedoch ein System geschaffen werden, nach dem bei Vorliegen der Aufnahmevoraussetzungen ein Wechsel durch die gegenseitige Anerkennung der Studienleistungen möglich ist.

b) Die Verbesserung der internationalen Mobilität durch den Ausbau von Hochschulpartnerschaften und integrierten Auslandsaufenthalten in Bachelorstudiengängen

Solange die internationale Mobilität aufgrund der unterschiedlichen Studiengangstrukturen nicht funktioniert, sind Hochschulpartnerschaften das beste Mittel, um internationale Mobilität zu fördern. Weiterhin sehen wir als förderliche Maßnahme entweder die direkte Integration eines Auslandsaufenthaltes in das Studium oder die Schaffung von Zeiträumen, die einen Auslandsaufenthalt auf freiwilliger Basis ermöglichen.

3) Die Stärkung der studentischen Mitbestimmung in Baden-Württemberg

Wir fordern stärkere Einflussmöglichkeiten der Studenten an den Hochschulen in Baden-Württemberg, damit Studenten selbst als unmittelbar Betroffene Einfluss auf die Reform der Studiengänge nehmen können. Durch dieses Element können die notwendigen Reformen innerhalb der Universitäten effektiv beschleunigt werden.

4) Akkreditierungssystem reformieren

Für eine dauerhafte Qualitätssicherung der Studiengänge fordern wir eine umfassende Reform des derzeitigen Akkreditierungssystems. Das derzeitige Akkreditierungssystem hat die strukturellen Fehler der Studiengänge in den letzten zehn Jahren nicht beseitigen können und ist damit seiner Funktion nicht gerecht geworden. Auch hier ist eine rasche Reform notwendig, um nicht mehrere Generationen von Studenten ohne eine funktionierende Qualitätssicherung der Studiengänge studieren zu lassen.

5) 10% Ziel nicht aus den Augen verlieren

Wir begrüßen als RCDS ausdrücklich die Steigerung der Ausgaben im Bereich der Bildung und Forschung durch die Bundesregierung und auch der Landesregierung in Baden-Württemberg. Dennoch ist auch in Baden-Württemberg das Ziel 10% des BIP in Bildung und Forschung zu investieren noch nicht erreicht. Dieses Ziel darf auch in der derzeitigen Haushaltssituation nicht aus den Augen verloren werden, damit die Zukunftschancen unseres Landes gewahrt bleiben und auch künftige Generationen weiterhin in Wohlstand leben können.